



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Büro Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
✗ (030) 227 – 700 26
✗ (030) 227 – 760 08
✗ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
✗ (0228) 280 31 35
✗ (0228) 280 31 36
✗ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Ulrich Kelber, MdB · Clemens-August-Str. 64 · 53015 Bonn

Herrn Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber
Staatskanzlei Bayern
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

per Fax

Bonn, den 28. Mai 2002

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

WELT, FAZ und SPIEGEL berichteten gestern übereinstimmend, Ihre Wahlkampfberater hätten Ihnen vorgeschlagen, nach einem eventuellem Wahlsieg die in Bonn verbliebenen Ministerien nach Berlin zu verlagern. Der nach Meinung der Herren Berger und Henkel dadurch freiwerdende Geldbetrag solle dann den neuen Bundesländern zugute kommen. Der SPIEGEL spricht von einem „Geheimpapier“ dazu, dass in Ihrer Staatskanzlei „verschlossen läge“, die WELT behauptet sogar, Sie seien entschlossen, den Umzug nach Berlin in einem Koalitionsvertrag festzuschreiben.

Sie werden verstehen, dass wir in Bonn in dieser Frage misstrauisch sind. Herr Berger hat sich zum Thema Berlin-Bonn schon oft unqualifiziert geäußert. Er ist für seine finanziellen Behauptungen jeden Beweis schuldig geblieben. Wenn drei so namhafte Medien, zwei davon Ihrer Partei nahe stehend, so ähnlich und doch differenziert berichten, dann vermutet man zumindest einen wahren Kern an einer Geschichte, weil es mehr als eine Quelle zu geben scheint. Und wenn nur das Prinzip verwendet würde, dem einen (hier den neuen Ländern) durch eine Meldung zu gefallen und sich bei den anderen (hier dem Rheinland) durch Nichtveröffentlichung nicht unbeliebt zu machen.

Sie haben diese Berichte der drei Medien heute dementiert. Das ist gut so. Denn gegen einen Umzug der in Bonn verbliebenen 11.200 Arbeitsplätze spricht eine ganze Menge:

- ?? Die Region Bonn würde sozial schwer getroffen. Insgesamt würden, inklusive Verbände etc., circa 30.000 Arbeitsplätze verschwinden. Damit würde sich die Arbeitslosigkeit in der Region verdoppeln.
- ?? Für die 30.000 hinter den Jobs stehenden Familien würde wieder viele Jahre lang eine Lebensplanung, z.B. für die Ausbildung der Kinder, nicht möglich sein.



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2

?? Die Verlagerung von 6.000 Arbeitsplätzen bis 1999 hatte acht Jahre benötigt, hat 20 Milliarden Mark gekostet, 22 Ausgleichsbehörden genutzt und 500 neue Stellen geschaffen. Ausgleichsbehörden gibt es nicht mehr, neue Stellen kann sich der Staat nicht leisten. Wie viel wird der Umzug von 11.200 Jobs dann wohl kosten?

Sie haben dementiert, ein „Geheimpapier“ für den Umzug dieser 11.200 Jobs von Bonn nach Berlin zu haben. Aber was können die Menschen im Rheinland in dieser Frage von Ihnen bei einem eventuellem Wahlsieg erwarten? Schon einmal, beim Umzugsbeschluss des Bundesrates, haben Sie vorher getroffene Vereinbarungen übergangen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat sich in der Frage des geteilten Regierungssitzes festgelegt. Er hält die Arbeitsteilung für „gelingen“ und will diese „über 2002 hinaus fortsetzen“. Diese Festlegung des Bundeskanzlers und SPD-Parteivorsitzenden sticht auch die populistischen Äußerungen meines Parteifreundes Hilsberg aus.

Nicht klar ist aber, wo der bayerische Ministerpräsident und CDU/CSU-Kanzlerkandidat in dieser wichtigen Frage steht. Die Bonnerinnen und Bonner haben ein Anrecht zu erfahren, was Sie von Edmund Stoiber zu erwarten haben. Wollen Sie sich an die im Berlin-Bonn-Gesetz getroffenen Vereinbarungen halten und das Gesetz unverändert lassen? Oder halten Sie wie Ihr haushaltspolitischer Sprecher Austermann den Umzug der Ministerien nach Berlin für notwendig? In Ihrem Dementi war dazu nichts zu lesen.

Über eine kurzfristige Antwort wäre ich Ihnen dankbar. Sie haben angesichts des für die Menschen in unserer Region so wichtigen Themas sicherlich Verständnis dafür, dass ich ansonsten nachhaken müsste.

Mit freundlichen Grüßen,